

Halle-Blatt

Halle'sche Neueste Nachrichten - Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die 'Halle-Blatt' erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Preis beträgt 1.50 Reichsmark, durch Postzusendung 1.65 Reichsmark, durch die Post zu 40 Pfennige halbjährlich. ...

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Reichspräsident von Hindenburg wird am 13. September der Regierung in Weidenburg einen Staatsbesuch machen. Demnach wird auch ein Besuch in Dresden stattfinden. ...

Die 'Note Sabine' ruft weiter zur Fortsetzung der kommunistischen Demonstrationen auf Straßen und Plätzen Berlins auf. Die Schutzpolizei hat Freitag früh verhängte Anordnungen erhalten, um neuen Demonstrationen nachdrücklicher als bisher zu begegnen. ...

Der Kaufmann Rudolph Schnapp, der in Berlin bei einem Zusammenstoß mit Angehörigen der Reichsgendarmerie den Verkehrsdienst durch einen Schuß verletzt hat, ist aus der Haft entlassen worden. ...

In Berlin wird zurzeit eine Reisegesellschaft spanischer Ärzte, die sich längere Zeit in Deutschland zum Studium deutscher sanitärer Einrichtungen aufhalten will. ...

Tschechische Mütter melden, das tschechoslowakische Episkopat habe in einem Hirtenbrief heftig gegen den Auslieferung protestiert und die Bevölkerung zu großen Demonstrationen gegen die Regierung und den jetzigen Reichpräsidenten aufgefordert. ...

Das französische Kriegsgericht in Landau verurteilte vier kürzlich verhaftete junge Leute aus Ludwigsbühl wegen Zerstörung zum Waffensicherungs- und 3-7 Monaten Gefängnis und zu Geldstrafen von 200 bis 1500 M. ...

Nach einer amtlichen Mitteilung des Oberbefehlshabers der alliierten Belagerungsarmee an den Regierungspräsidenten haben die französische und belgische Regierung beschlossen, die Vorkämpfer Duisburg und Düsseldorf zu räumen. Die Räumung wird am 25. August um Mitternacht vollständig beendet sein. ...

Der rumänische Ministerrat ratifizierte einen Vertrag mit der französischen Flota Vorräte der Kriegsmarine. Die Flota von 40 Schiffen wird an den französischen Unternehmer beauftragt. ...

Aus Moskau wird gemeldet, daß zwischen dem französischen Mittelmeerflotten Marschall und den russischen Häfen des Schwarzen Meeres eine regelmäßige Dampferverbindung eingerichtet werden soll. ...

Die griechische Regierung hat ein Dekret erlassen, worin Todesstrafe für die Rassistoren, die Baluchalaktionen betreiben, festgelegt wird. ...

Die Londoner 'Daily Mail' meldet aus Syrien: In Damaskus ist es zu einem Volksaufstand gekommen. Die französischen Truppen haben den Versuch einer Unabhängigkeitserklärung verhindert. ...

Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Coof erklärte gestern einem Pressevertreter, daß die Regierung wegen der britischen Forderungen vorgehen müßte, die gegen die Generalstreik-Drohungen ausgehoben haben. ...

Wie verlautet, fordern die Amerikaner von Belgien eine Verzinsung der Kriegsausgaben mit 4 1/2 Proz. gegenüber dem belgischen Angebot von 2 1/2 Proz. ...

Amerika gegen Frankreich?

Aus Amerika kommen Pressestimmen, die auf einen starken Umsturz der Meinung zu ungunsten Frankreichs schließen lassen.

In einem Artikel über die Besprechungen zwischen Chamberlain und Briand schreibt 'New-York Tribune': 'Die Lage in Europa ist unklar und dunkel, und kein Vertrag wird daran etwas ändern, denn die Lage kann nicht dauernd gesichert werden, solange Rußland nicht wieder in die Gemeinschaft der europäischen Nationen eintritt und Deutschland nicht von den Fesseln des Versailles-Traktates frei ist. ...'

Diese Änderungen umfassen Deutschlands und Rußlands Wiederherstellung sowie die Festsicherung der künftigen Oberherrschaft Frankreichs in Asien.

Ein deutsch-englisches Bündnis?

Noch deutlicher und wenn auf tatsächliche Informationen über die gleiche Stimmung und Lage gefaßt, von der allergrößten Bedeutung, ist ein Londoner Bericht der 'Chicago Tribune', in dem gesagt wird:

Brind würde, daß der Pakt nur einseitigen Charakter habe. Demnach könnte für Großbritannien eine Rede sein, das einen Pakt mit Gegenpartei-Charakter fordere.

Man geht sogar so weit, in Großbritannien allmählich dafür Stimmung zu machen, daß man überhaupt nur mit Deutschland einen Pakt abschließen solle.

Allerdings erwartet man, daß Frankreich in den nächsten Wochen noch nicht abgehoben werden, um England für seine Anstrengungen zu gewinnen und den einseitigen Pakt doch noch durchzuführen.

Aber man frage sich in London, was Frankreich eigentlich anbieten wolle. Es brauche dringend Geld und habe zwei heilige Kolonialkriege zu überleben. Infolgedessen müßte man mit einem geschwächten Frankreich in der nächsten Zeit rechnen, und dies führe einen großen Teil der öffentlichen englischen Meinung zu der Annahme, daß ein Einverständnis mit Deutschland wichtiger sei als die Entente mit Frankreich.

Aus Irland wird gemeldet, daß die irische Regierung einen Vertrag mit dem Siemens-Schuckert-Werk über Ausbau der Wallerstraße des Shannonflusses abgeschlossen hat, durch den das gesamte Gebiet des irischen Freistaates mit Elektrizität versorgt werden soll.

Die Gattin des bekannten Weltkämpfers J. P. Morgan ist gestern in New-York gestorben.

Die Reklamerese des Prince of Wales.

Der Prinz von Wales, der englische Kronfolger, ist nach Beendigung seiner Reise durch die englischen Kolonien West- und Südafrika auf dem Panzerkreuzer 'Repulse' in Montevideo, der Hauptstadt Uruguays, eingetroffen. ...

Das große Wirtschaftskrisen-England an Argentinien ergibt sich u. a. daraus, daß dort etwa 10 Milliarden Goldmark englisches Kapital angelegt sind und daß die englische Einfuhr im Jahre 1923 einen Wert von rund 560 Millionen, die Ausfuhr aus Argentinien nach England von rund 1820 Millionen Goldmark hatte.

Die Schwierigkeiten mit der Luftfahrt.

(Von unserem Berliner Vertreter.) Die Beratungen im Reichsflottenrat über die Luftfahrt- und die Entlastungsnot rüden nicht vom Tisch. Die Schwierigkeit in der Materie liegt darin, daß alle bisher eingeholten Gutachten sich für unbedingte Ablehnung beider Noten aussprechen. Die Bildung der sogenannten Entlastungskommission unter Vorsitz des Generals Veysig sollte die Brücke bilden zu einem teilweisen Entgegenkommen auf die Entente, wenigstens in der Form; denn eine unbedingte Ablehnung würde uns keine Räumung der Kölner Zone bringen. ...

Auch der Bolschewist Houghton stellt auf dem Standpunkt. Er habe den englischen Stellen erklärt, daß die Wiederherstellung des Friedens und des Wohlstandes in Mitteleuropa notwendig sei, wenn Amerika weitere Kredite gewähren solle.

Es wäre verfehlt, an diese Äußerung übertriebene Hoffnungen zu knüpfen. Aber es darf nicht verkannt werden, daß darin eine völlige Schwächung der englischen Politik, ein totaler Bruch Englands mit Frankreich angedeutet wird. ...

In diesem Zusammenhang gewinnt auch die kürzlich mitgeteilte Einladung des deutschen Botschafters in Washington zu den Beratungen des Institut für Politik in Williamsport besondere Bedeutung und die dortigen Erklärungen des Botschafters, daß Deutschland 'bringend eine Revision des Friedensvertrages in der Ober-Ost-, Korridor- und Danziger Frage wünsche und daß Deutschland nie wieder ein Dokument unterzeichnen werde, in dem es die Verantwortlichkeit an sich nimmt.

Das ist eine Sprache, die sicher nicht ohne Wissen unseres Auswärtigen Amtes geführt wurde und die wir bisher niemals gemagt haben, lo daß man annehmen könnte, daß Lausanne vorliegen, die diese Sprache als der augenblicklichen politischen Lage entsprechend erschienen fallen.

Eine andere Frage ist allerdings, ob die englische Regierung die nächste Bewegung der 'Chicago Tribune' nicht bewußt veranlaßt hat, um Frankreich durch einen Scheinpaß zum Einlenken und zur Festigung der englisch-französischen Beziehungen zu bringen.

Genfer Konferenz am 2. September.

Beisprechung Chamberlain-Brind-Vanderbolde.

Die 'A. M. J.' meldet: Außenminister Vandervecht erhielt vorgestern abend Chamberlains Antwort auf die belgische Note, betreffend den Sicherheitspakt. In einem Begleitbriefen kündigt Chamberlain an, daß er am 1. September in Genf sein werde, und hofft, daß der belgische Minister eine Begegnung nicht später als am 2. September ermöglichen werde. ...

Es heißt nach der Aussage einer Verbindung der Kommission mit General Walsh, der wieder in Berlin eingetroffen ist. Aber der General hat in Paris der dortigen Presse deutlich erklärt, er sei nicht dazu, die Genfer Zusammenkunft der Entente zu mildern, sondern sie durchzuführen. ...

Das Justizministerium verteidigt sich. Zu den in der Presse im Zusammenhang mit der bei den Alliierten Rußmann und Cairns vorgenommenen Durchsichtungen gegen das preußische Justizministerium gerichteten Angriffen ist ein Bericht des Reichsanwalts in Berlin erschienen. ...

Die Reklamerese des Prince of Wales.

Die Reklamerese des Prince of Wales. Der Prinz von Wales, der englische Kronfolger, ist nach Beendigung seiner Reise durch die englischen Kolonien West- und Südafrika auf dem Panzerkreuzer 'Repulse' in Montevideo, der Hauptstadt Uruguays, eingetroffen. ...

Die Kriegshetze gegen Sowjetrußland.

Der Kalitonia / Deutschland vor Kriegsausbruch.

Die in Hamburg erscheinende wochenblättrige Zeitschrift 'Deutsche Front', der man annimmt, wie dort in der alten Hansestadt mit der Luft der Weltkriege auch Sinn und Weisheit für Weltpolitik in das Redaktionszimmer weht, bringt in ihrer zweiten Anzahlung bemerkenswerte Ausführungen zu dem Thema: 'Deutschland vor Kriegsausbruch', nämlich wie ja auch der bestmögliche Weltfrieden erst in Salsmann im 'Hamburger Fremdenblatt' trotz seiner sonstigen großen Zurückhaltung auf die 'Westfronten' hinweist. ...

Arnold Reuberg, der Gewaltige der deutschen Kalitonten, hat dem Korrespondenten des 'Secolo' eine Unterredung geführt und ihm den kommenden Krieg Deutschlands mit Rußland prophezeit.

Diejenigen, die Reuberg und seine zweifelsfrei politischen Verbindungen kennen, wissen aber, daß sich hinter Reubergs Worten mehr als nur desultorische Prohetische verbirgt. Wenn Reubergs ganz nachsichtig erwidert, daß die handelspolitischen Überlieferungen der deutschen und französischen Industrie hinsichtlich der Kalitonia, Kohlen- und Chemikalieninteressen zwangsläufig auch das politische Überkommen der deutschen und französischen Nation zur Folge haben müßten, so vermag er einen sehr wichtigen Punkt dabei zu erwähnen. Er ist nämlich seit Jahren die Seele der ganzen französisch-deutschen Trübsal- und betriebe die mit seinem Freunde, dem französischen Bolschewisten Marguerite und seinen mächtigen Hinterbütern, zum Schaden der britisch-deutschen Annäherung, heute bereits so sehr zu erwägen. ...

Reuberg fast, die härteste nationale Partei Deutschlands habe ihr Einverständnis (?) mit dem Krieg gegen die Sowjets gegeben und die Nationalisten aller europäischen Staaten befinden sich diesbezüglich im Einmühen. Deutschland und Rußland seien sich zwar schon im Klaren über den Namen des Kommandanten, der die alliierten Heere gegen Rußland führen wird. Genannt wird General Hoffmann und - Ludendorff, wenn er bis dahin aktiv geworden ist und durch seine politische Tätigkeit, die nicht gar so sehr kompromittiert haben wird. ...

Mit Recht ist schon in Vorliebe auf die nicht unbedeutende politische Tätigkeit des Kalitonia-Bürokraten hingewiesen und seine zu einem ausländischen Pressevertreter gehörige Behauptung, die härteste nationale Partei Deutschlands habe ihr Einverständnis mit dem Krieg gegen die Sowjets gegeben und fordert zu entscheidendem Schritt fortzusetzen. ...

Aber schließlich ist Herr Reuberg nicht ein Freund, und wenn er zu dem Korrespondenten des Secolo so deutlich von einem baldigen deutschen Krieg gegen Rußland spricht, so behauptet dies, was auch an dieser Stelle immer betont werden ist: Die Gefahr, die man uns in einen Krieg gegen Rußland zu verwickeln sucht, ist zweifellos vorhanden. ...

Reuberg darf sich nicht als der Führer im Krieg gegen Rußland nach den Angaben des demokratisch genannten Herrn Reuberg, der ebenfalls demokratisch einestellte General Hoffmann (der 'Breit-Ötztal-Soffmann') und vor erst, der 'Kompromittierte' Ludendorff sein soll, wie ja überhaupt das ganze dumme Individue in der Welt, und die soziale Demokratie und demokratische Charakteristika, vornehmlich finanzkapitalistische, demokratische Politik ist.

Aber das deutsche Volk als Ganzes hat ja wenig, wie die überwiegende Mehrheit ihrer Angehörigen mit der internationalen Finanzverwaltung, dem eigentlichen Leiter der demokratischen Partei etwas zu tun und hat es nicht nötig, sich von ihnen ins Gefängnis nehmen zu lassen, wie die sozialistischen Parteiführer. ...

